

Mitteilung des Senats vom 2. Juni 2020**Wie wird Bremens Kooperation mit Yad Vashem weiterentwickelt?**

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 20/314 eine Kleine Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Kleine Anfrage wie folgt:

1. Ist die Erweiterung der Kooperationsvereinbarung mit der „International School of Holocaust Studies“ in Yad Vashem/Jerusalem mittlerweile erfolgt? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht?

Die Kooperationsschließung zwischen der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und dem Senator für Inneres ist bereits erfolgt. Herr Polizeipräsident Müller unterzeichnete in Vertretung für Herrn Senator Mäurer am 2. Februar 2020 die Vereinbarung in Yad Vashem. Die Unterzeichnung schloss in einem andächtigen Rahmen mit einer Kranzniederlegung in der ‚Halle der Erinnerung‘ ab.

Die Kooperation sieht vor:

- die Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Geschichte, Kultur und Gesellschaft beider Seiten,
- die gemeinsame Nutzung und den Austausch relevanter Lehr- und Studienmaterialien für die Zielgruppe der Studierenden des Bachelorstudiengangs Polizeivollzugsdienst,
- die Organisation von Maßnahmen der polizeilichen Aus- und Fortbildung,
- die regelmäßige Durchführung einer einwöchigen Studienfahrt einer Gruppe von Studierenden der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen und
- die Unterstützung wissenschaftlicher Informationsgewinnung für Studien- und Forschungsarbeiten.

Die Kooperationsschließung fand im Rahmen der ersten Studienreise einer Studiengruppe der Hochschule für Öffentliche Verwaltung nach Israel statt. Hieran nahmen in der Zeit vom 2. Februar 2020 bis 6. Februar 2020 insgesamt 18 Studierende des Studiengangs Polizeivollzugsdienst teil, die von vier Lehrkräften der Hochschule für Öffentliche Verwaltung begleitet und vor Ort didaktisch betreut wurden. Das Studienprogramm in der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem umfasste unter anderem auch den Besuch einer Polizeiakademie in Jerusalem, den Austausch mit einem Zeitzeugen und den Besuch des historischen Museums in Yad Vashem.

2. Wie weit sind die Vorbereitungen der AG „Kooperation mit Yad Vashem“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung inzwischen gediehen?

Die Vorbereitungen der AG „Kooperation mit Yad Vashem“ lieferten die Grundlage für die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Senator für Inneres und der Internationalen Holocaust Gedenkstätte „Yad Vashem“ und mündeten unmittelbar in die Kooperationsschließung ein.

Die Hochschulleitung hatte im Frühjahr 2019 die „AG Kooperation Yad Vashem“ eingerichtet, der vier Lehrkräfte der Hochschule für Öffentliche Verwaltung angehören. Diese AG organisierte und plante – in Zusammenarbeit mit dem Senator für Inneres – über einen Zeitraum von zehn Monaten die Kooperation mit Yad Vashem.

Aus der Planung zur Kooperationsschließung vom 2. Februar 2020 gingen unter anderem ein intensiver Austausch mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die Kontaktaufnahme mit Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartnern in Yad Vashem und die Integration des Wahlpflichtmoduls „Yad Vashem“ an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung hervor.

Im Rahmen dieses Wahlpflichtmoduls wurden die Studierenden dezidiert auf die Studienreise nach Israel vorbereitet, unter anderem auch mit einem Besuch des Konzentrationslagers Bergen-Belsen und dem Austausch mit der Villa ten Hompel aus Münster. Im Rahmen dieses Wahlpflichtmoduls, zu dem sich Studierenden unter anderem mit einem Motivationsschreiben bewerben mussten, erfolgte die fachliche Vor- und Nachbereitung der Studienreise nach Yad Vashem, der Austausch mit externen Expertinnen/Experten, zum Beispiel Jüdische Gemeinde, Deutsch-Israelische Gesellschaft, die kritische Reflexion der Rolle der Polizei im Nationalsozialismus sowie die Auseinandersetzung mit regionalen Projekten, zum Beispiel Projekt Stolpersteine.

Durch die Arbeitsgruppe „Yad Vashem“ wurden zudem die Absprachen mit der Seminarleitung in Jerusalem vorgenommen und die Organisation der Studien- und Delegationsreise zur Studienreise realisiert.

Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung hat die AG „Kooperation mit Yad Vashem“ inzwischen verstetigt, sodass jährliche Studienreisen nach Yad Vashem in der polizeilichen Ausbildung institutionalisiert sind. Die nächste Studienreise von Kommissaranwärterinnen/Kommissaranwärtlern nach Yad Vashem findet in der Zeit von 30. Januar 2021 bis 7. Februar 2021 statt.

3. Ist die 2019 angekündigte Vereinbarung inzwischen geschlossen worden?

Siehe Antwort auf Frage 1

4. Wann werden die ersten Mitarbeitenden des Polizeivollzugsdienstes an Fortbildungen der „International School for Holocaust-Studies“ teilnehmen können?

Eine Einbeziehung von Beschäftigten der Polizeien wird von allen Beteiligten im Ergebnis als nicht zielführend betrachtet. In der Vorbereitungsphase auf den Studienaufenthalt in der Internationalen Holocaust Gedenkstätte „Yad Vashem“ befassen sich die Studierenden über einen Zeitraum von zwei Semestern, sechs Monate/einmal wöchentlich, intensiv mit historischen, sozialen, kulturellen und religiösen Aspekten des Holocaust, der besonderen Rolle der Polizei im Nationalsozialismus, den soziokulturellen und religiösen Aspekten des Judentums, aber auch einschlägigen Theorien und empirischen Befunden zu Rechts extremismus, Antisemitismus, Hasskriminalität und vieles mehr flankiert werden diese Lehrinhalte durch intensive Phasen der kritischen Selbstreflexion. Nach dem Verständnis der Hochschule für Öffentliche Verwaltung sind eine derart fokussierte Vorbereitung und ein einheitlicher Wissensstand unverzichtbar für die Teilnahme an dem auf die Teilnehmerinnen/Teilnehmer abgestimmtem Programm in Yad Vashem. Die positiven Rückmeldungen der Seminarleitung in Yad Vashem zum Wissens- und Reflexionsniveau der Studiengruppe der Hochschule für Öffentliche Verwaltung bestätigt die Hochschulleitung zusätzlich in dieser Ausrichtung. Diese umfassende Vorbereitung ist im Rahmen einer Fortbildung nicht möglich.

5. Welche zum Themenbereich passenden Seminare werden für die Mitarbeitenden des Polizeivollzugsdienstes in Bremen oder anderswo angeboten und gibt es hierfür spezielle Angebote?

6. Wie viele Mitarbeitende haben in 2019 derartige Angebote wahrgenommen?

Fragen 5 und 6 werden zusammen und wie folgt beantwortet:

Das Fortbildungsinstitut für die Polizei im Lande Bremen hat bislang keine Seminare angeboten, die in unmittelbarem Bezug zur Kooperation mit der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem stehen.

Selbstverständlich bietet das Fortbildungsinstitut für die Polizei im Lande Bremen – unabhängig von der Kooperation mit Yad Vashem – bedarfsorientiert Schulungen, Seminare und Fachtagungen an, die direkt wie indirekt Erscheinungsformen von und Handlungsstrategien bei rechtsextremistischen beziehungsweise antisemitischen Taten behandeln. So wurden etwa diverse Fortbildungsangebote zu diesem Themenkreis im Kontext von Interkulturalität verstetigt.

Exemplarisch sei auf die jährlich stattfindenden Seminare beziehungsweise Fachtage für Kontaktbeamtinnen/Kontaktbeamte der Polizei (KoP) verwiesen. So fand zuletzt am 24. Februar 2020 ein KoP-Basisseminar „Rechts- und Linksextremismus“ statt.

Im Rahmen der Führungskräftequalifizierung II ist das Teilmodul „Denkort Bunker Valentin: Ethik und Geschichte der Polizei Bremen“ seit vielen Jahren curricular fest verankert.

7. Welche der in der Drucksache 19/2159 der Bremischen Bürgerschaft genannten Fortbildungen haben im Bereich Justiz und Verfassung in 2019 stattgefunden?

Das Gedenken an die Auseinandersetzung mit den im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen ist Teil unserer geschichtlichen Verantwortung. Die deutsche Justiz war nicht nur tief verstrickt in den nationalsozialistischen Unrechtsstaat, viele ihrer Vertreter haben aktiv Verbrechen begangen ohne dafür jemals zur Verantwortung gezogen zu werden. Darüber hinaus konnten sie im Nachkriegsdeutschland und auch in Bremen ihre beruflichen Karrieren bruchlos fortsetzen.

Auch aus diesem Grund strebt die Senatorin für Justiz und Verfassung an, die Fortbildungstätigkeit in diesem Bereich weiter zu intensivieren. Das Land Nordrhein-Westfalen bietet regelmäßige Besuche für Richterinnen und Richter in Yad Vashem an. Hierfür zahlt das Land pro Teilnehmer einen Zuschuss von 2 000 Euro bei einem Eigenanteil von mehreren hundert Euro. Vergleichbare Haushaltsmittel oder Freistellungsmöglichkeiten für ein landeseigenes Besuchsprogramm stehen in Bremen nicht zur Verfügung. Die Senatorin für Justiz und Verfassung wird sich aber bemühen, zukünftig für interessierte Justizangehörige Einzelplätze in bestehenden Programmen zum Besuch von Yad Vashem zu requirieren und anzubieten.

Die im Bericht Drucksache 19/2159 beispielhaft benannten Tagungen der Deutschen Richterakademie sind 2019 alle mit einer Teilnehmendenzahl von circa 30 Richterinnen/Richtern und Staatsanwältinnen/Staatsanwälten bundesweit durchgeführt worden. Bremen hat entsprechend seiner Landesgröße nicht für alle Tagungen Teilnehmendenplätze.

Zu den namentlich aufgeführten fünf Tagungen der Deutschen Richterakademie lagen 2019 drei Anmeldungen vor; zwei Teilnehmerinnen/Teilnehmer haben tatsächlich teilgenommen.

Bei der Senatorin für Justiz und Verfassung haben erste Gespräche stattgefunden, ob und wie eine vorhandene zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Initiative zur weiteren Aufarbeitung der faschistischen Geschichte der Bremer Justiz unterstützt werden könnte. In diesem Zusammenhang bieten sich gegebenenfalls interessante weitere Vor-Ort-Fortbildungsmöglichkeiten.

8. Wie viele Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen sowie anderen Mitarbeitende aus dem Bereich Justiz und Verfassung haben in 2019 an solchen Fortbildungen teilgenommen?

Im Juni 2019 hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Bremen den Vortrag „Heimweh des Walerjan Wróbel“ von Prof. Dr. Christoph Schminck-Gustavus im Landgericht Bremen angeboten. Das Verfahren gegen Walerjan Wróbel ist wohl das heute bekannteste und am häufigsten betrachtete Verfahren des Sondergerichts Bremen und steht in der Hansestadt stellvertretend und beispielhaft für die Unrechtsjustiz der nationalsozialistischen Herrschaft. Teilgenommen haben 22 Proberichterinnen/Proberichter und Rechtsreferendarinnen/Rechtsreferendare.

Die im Bericht 2019 angekündigte Tagung des Kooperationspartners Niedersachsen zum Thema „Erkennen und verhandeln rassistisch motivierter Straftaten“ ist im Januar 2020 durchgeführt worden. Es haben zwei Staatsanwälte aus Bremen teilgenommen.

Im ersten Quartal 2020 haben bisher vier Staatsanwältinnen/Staatsanwälte und Richterinnen/Richter Tagungen der deutschen Richterakademie zum Themenkomplex Rassismus oder NS-Geschichte besucht.

Das Justizressort plant in 2020 eine aktuelle Veranstaltungsreihe für Richterinnen/Richter, Staatsanwältinnen/Staatsanwälte, Bewährungshilfe und Justizvollzug zum Thema „Aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Bremen und Möglichkeiten der Förderung von Ausstiegsprozessen“ in Kooperation mit Verfassungsschutz und Polizei. Zum Auftakt der Reihe ist ein Fachtag zum Themenkomplex Rechtsextremismus für Juni 2020 geplant, der möglicherweise aufgrund der aktuellen Lage zum Corona-Virus verschoben werden muss.

9. Ist das Fortbildungskonzept für Proberichterinnen/Proberichter um das Thema NS-Justiz mittlerweile erweitert worden und – falls ja – wann haben die ersten Fortbildungen dazu mit wie vielen Teilnehmenden stattgefunden?

Das Fortbildungskonzept für Proberichterinnen/Proberichter wird zurzeit überarbeitet und soll ab Herbst 2020 um neue landeseigene Veranstaltungen erweitert werden. In diesem Rahmen soll dann auch der geplante Vortrag zur „Bremer Justiz in der NS-Zeit“ angeboten werden.

10. Wie weit ist die Zusammenarbeit des Ressorts Kinder und Bildung mit Yad Vashem inzwischen gediehen?

Die von der Senatorin für Kinder und Bildung und der Gedenkstätte Yad Vashem am 22. November 2018 in Bremen unterzeichnete Kooperationsvereinbarung umfasst insbesondere die „Organisation von Maßnahmen der Lehrerfortbildung, einschließlich möglicher Hospitationsaustausche, allerdings nicht darauf beschränkt, gemeinsame Fortbildungsprojekte und Konsultationen zwischen Expertinnen und Experten der Pädagogik und Bildungspolitik – nach Bedarf auch in Kooperation mit anderen Bundesländern“. Zur Realisierung jährlicher Fortbildungsreisen von Bremer Lehrerinnen/Lehrern nach Israel/Yad Vashem wurde eine Kooperationsvereinbarung mit dem Niedersächsischen Kultusministerium erarbeitet und am 14. März 2019 unterzeichnet. Diese sieht ein Platzkontingent für die Freie Hansestadt Bremen bei den vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) organisierten Fortbildungsreisen nach Israel vor. Die länderübergreifende gemeinsame Abstimmung zur inhaltlichen Ausrichtung der Reise findet im Rahmen der Vor- und Nachbereitung dieser Reisen statt; dabei ist auch das Landesinstitut für Schule einbezogen.

Auf Basis der beiden genannten Kooperationsvereinbarungen werden Fortbildungsreisen für Lehrerinnen/Lehrer aus Bremen und Bremerhaven umgesetzt. Ziel der Fortbildungsreisen ist insbesondere der Informations- und Erfahrungsaustausch über neue didaktisch-methodische Ansätze in der Vermittlung und

Aufarbeitung der Shoah und anderer NS-Verbrechen und die Entwicklung von gemeinsamen didaktischen Konzeptionen. Darüber hinaus sollen der Besuch des Landes Israel und die Begegnung mit den Menschen vor Ort dazu dienen, die politischen Herausforderungen der Region genauer zu reflektieren und besser zu verstehen. Dies unterstützt, wie in der Kooperationsvereinbarung mit Yad Vashem vorgesehen, das Lehren und Lernen der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Gegebenheiten Israels.

11. Wie viele Lehrerinnen/Lehrer haben an entsprechenden Fortbildungen in 2019 in Yad Vashem teilgenommen und wie viele Fortbildungen und Bildungsurlaube wurden zu diesem Thema in Bremen oder anderswo besucht?

An der Fortbildungsreise 2019 nach Yad Vashem auf der Basis der in Antwort auf Frage zehn genannten Kooperationen des Bildungsressorts konnte aufgrund des kurzen zeitlichen Vorlaufs zwischen Kooperationsunterzeichnung mit Niedersachsen (14. März 2019) und Reiseternin (3. bis 4. April 2019) auf Kulanzbasis eine Person teilnehmen. Hierfür wurde die Fachberaterin Geschichte ausgewählt. Diese gab und gibt als Multiplikatorin die Fortbildungsinhalte weiter und ist kontinuierlich in die weitere Planung der Fortbildungsreisen sowie in das Auswahlverfahren für weitere Teilnehmende aus Bremen eingebunden.

Die für März/April 2020 geplante Fortbildungsreise nach Israel/Yad Vashem wurde explizit für Lehrerinnen/Lehrer von Oberschulen und berufsbildenden Schulen ausgeschrieben, die sich mit einem Motivationsschreiben um die Teilnahme bewerben konnten. Die Reise wurde von Yad Vashem Anfang März 2020 aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. Das Vorbereitungsseminar im Februar 2020 in Hannover wurde jedoch noch durchgeführt und von den für Bremen ausgewählten Lehrerinnen/Lehrern besucht.

Über die genannten Angaben hinaus erhebt der Senat zur Anzahl, zu den Inhalten und Themenstellungen und den Anbietern von Fortbildungen und Bildungszeit keine zentralen Daten. Er erhebt ebenso keine Daten zur zentralen Erfassung der Teilnahme von Lehrerinnen/Lehrern an Fortbildungen beziehungsweise an Bildungszeitangeboten und zu den von ihnen gewählten Themen. Gleichwohl gibt es Bildungszeitangebote und Fortbildungsreisen nach Israel, an denen auch Multiplikatorinnen/Multiplikatoren aus Bremen teilnehmen, so zum Beispiel eine Israel-Reise der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2019, in deren Verlauf auch Yad Vashem besucht wurde.

12. Wie viele Fortbildungen zum Thema Antisemitismus wurden für die genannten Beschäftigten anderweitig angeboten und wie viele haben daran teilgenommen?

Unbeschadet der Tatsache, dass die Teilnahme von Lehrerinnen/Lehrern an Fortbildungen und Bildungszeit nicht – und auch nicht bezogen auf bestimmte Träger und fachliche Inhalte – zentral erfasst wird, können beispielhaft die Angebote des Landesinstituts für Schule und der Landeszentrale für politische Bildung benannt werden:

Angebote des Landesinstituts für Schule:

Das Landesinstitut bietet seit Jahren Fortbildungen für schulisches Personal ausdrücklich gegen Antisemitismus an. Im Jahr 2019 wurden vom und über das LIS folgende Fortbildungen angeboten, an denen insgesamt 129 Lehrkräfte teilnahmen:

- „Hate Speech“
- „Rechtsextreme Entwicklungen in Deutschland“
- „Neue völkische Bewegung“
- „Führung durch die Bremer Synagoge“ (2x),
- „Gedenkstätten und Erinnerungskultur“

- „Rechte Sprüche im Klassenraum“
- „Neutralitätsgebot“

„Das Warschauer Ghetto“ mit Yad Vashem-Material

Für 2020 einzeln buchbar, aber als Reihe gegen Antisemitismus konzipiert:

- Antisemitismus und Schule
- Antisemitismus und Rassismus
- Antisemitismus im (Arbeits-)Alltag
- Führung durch die Bremer Synagoge
- Jüdisches Leben in Bremen

Weitere Inhalte und Formate sind für das Schuljahr 2020/2021 in Vorbereitung.

Angebote der Landeszentrale für politische Bildung

- Im Rahmen der jährlichen Landestreffen des Projektes „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“ fand in 2019 ein Workshop in Kooperation mit dem Anne-Frank-Zentrum Berlin mit 24 Pädagoginnen/Pädagogen statt, die sich methodisch und didaktisch mit der Bearbeitung der Themen Rassismus, Antisemitismus, Diversität und Diskriminierung auseinandersetzten.
- 2017 besuchten auf dem Landestreffen des Projektes „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“ 17 Pädagoginnen/Pädagogen einen Workshop zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Ziel war dort, die Funktionsweisen von Diskriminierung zum Beispiel anhand des Beispiels Antisemitismus erklären und bearbeiten zu können. Dies ist übertragbar auf alle anderen Ungleichwertigkeitsideologien, die dort behandelt wurden und mit pädagogischen Materialien zur Bearbeitung im Schulkontext vorgestellt wurden.
- Darüber hinaus findet die Bearbeitung von Antisemitismus überwiegend über die Bereitstellung von Materialien zur Bearbeitung und Vermittlung von Referentinnen/Referenten für zum Beispiel Schulprojekttage statt.

Der Senator für Finanzen hat bisher zweimal die Qualifizierungsreihe „Diversity-Management – Vielfältige Potenziale fördern und nutzen“ für die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes durchgeführt. Die Qualifizierungsreihe setzt sich aus Pflicht- und Wahlmodulen zusammen. Im Pflichtmodul „Grundlagen Diversity“ wird allgemein auf Themen wie Religion und Rassismus und ihre Relevanz für den Verwaltungsalltag eingegangen. In dem Wahlpflichtmodul „Religion und Verwaltung“ geht es fokussiert um Themen wie religiöse Vielfalt in pluralistischen Gesellschaften, Antisemitismus oder religiöser Fundamentalismus. Eine Fortführung der Qualifizierungsreihe ist geplant.

13. Wurden die bisherigen Teilnehmerinnen/Teilnehmer der Weiterbildungsangebote in Yad Vashem als Multiplikatoren eingesetzt? Wenn nein, wird das geplant? Wenn ja, wie viele Bremerinnen/Bremer kamen in den Wirkungskreis davon?

Von den von der Senatorin für Kinder und Bildung ausgewählten Teilnehmerinnen/Teilnehmern der Fortbildungsreisen nach Yad Vashem wird die Bereitschaft erwartet, über die Reise hinaus als Multiplikatorin/Multiplikator im Themenfeld Erinnerungskultur/Gedenkstättenarbeit im Land Bremen mitzuwirken. Dies wird bereits in der Ausschreibung als Erwartung formuliert. Die Teilnehmerin an der Yad-Vashem-Fortbildungsreise der Senatorin für Kinder und Bildung 2019 ist bereits als Multiplikatorin insbesondere im Kontext ihrer Tätigkeit als Fachberaterin für das Fach Geschichte tätig und erreicht über die Fachkonferenzleitungen die Fachlehrerinnen/Fachlehrer für das Fach Geschichte.

Da die Yad-Vashem-Fortbildungsreise 2020 aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden musste, sind in der Folge die geplante gemeinsame Weiterentwicklung von Fortbildungsangeboten im Landesinstitut für Schule – in die auch die Jüdische Gemeinde Bremen einbezogen werden soll – und der Einsatz der Fortbildungsteilnehmerinnen/Fortbildungsteilnehmer als Multiplikatorinnen/Multiplikator zeitlich anzupassen. Mit den zu entwickelnden Formaten und Fortbildungen werden insbesondere die Lehrerinnen/Lehrer der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in Bremen erreicht; grundsätzlich richtet sich das Fortbildungsangebot des Landesinstituts für Schule im Themenfeld Antisemitismus, siehe Antwort auf Frage 12, an alle Lehrerinnen/Lehrer.

Die Hochschule für Öffentliche Verwaltung (HfÖV) strebt die Einführung eines hochschulinternen Multiplikatorinnenprogramms/Multiplikatorenprogramms für Lehrende an. Derzeit werden die Erfahrungen der ersten Studienkohorte mit dem Wahlpflichtmodul/Studienaufenthalt in Yad Vashem ausgewertet. Eine für das Sommersemester 2020 geplante hochschulinterne Informationsveranstaltung zur Kooperation mit Yad Vashem musste aufgrund der Beschränkungen im Rahmen der Eindämmung der Corona-Pandemie bis auf Weiteres ausgesetzt werden.

Die Information der Öffentlichkeit über die erfolgte Kooperationsschließung mit und Studienreise nach Yad Vashem erfolgte unmittelbar nach der Rückkehr aus Yad Vashem im Rahmen eines Pressegesprächs. Zudem informiert die Hochschule für Öffentliche Verwaltung auf ihrer Homepage über die Aktivitäten im Rahmen der Kooperation mit Yad Vashem (<https://www.hfoev.bremen.de/aktuelles/aktuelles-3725>).